



**SPD Landesverband Berlin  
Kreis Pankow**

**Wahlperiode 2024 bis 2026**

**2. Kreisdelegiertenversammlung (KDV)**

**26. Juni 2024**

**Beschlussbuch**

## Voten der KDV vom 26. Juni 2024

ANT005/01	Annahme in der Fassung der Antragskommission mit weiteren Änderungen
ANT009/01	Annahme in der Fassung der Antragskommission
ANT017/01	Annahme in der Fassung der Antragskommission
ANT018/01	Annahme in geänderter Fassung
ANT023/01	Annahme in der Fassung der Antragskommission
ANT026/01	Annahme
ANT027/01	Ablehnung
ANT030/01	Ablehnung
ANT032/01	Annahme in der Fassung der Antragskommission mit weiterer Änderung
ANT033/01	<i>vertagt: Überweisung an den Kreisvorstand</i>
ANT037/02	Annahme in der Fassung der Antragskommission
ANT038/02 (Konsensliste)	Annahme
ANT039/02 / INI001/02	<i>vertagt: Überweisung an den Kreisvorstand</i>
ANT040/02 / INI002/02	<i>vertagt: Überweisung an den Kreisvorstand</i>
ANT041/02 / INI003/02	<i>vertagt: Überweisung an den Kreisvorstand</i>

Die auf der KDV I-2024 vertagten Anträge ANT 003/01 sowie ANT 004/01 wurden bereits vor der KDV seitens der antragstellenden Gliederung zurückgezogen.

Antrag ANT032/03 wurde während der KDV seitens der antragstellenden Gliederung zurückgezogen.

**Kreisdelegiertenversammlung Pankow**  
Antrag an die Kreisdelegiertenversammlung  
**01. KDV am 20.04. 2024**

**WP 2024 bis 2026**

**ANT 005/01**

Antrag Nr.

**SPD Pankow – Kreisvorstand**

**11.03.2024**

Antragstellung:

Eingangsdatum

x (bitte ankreuzen)

- Die Kreisdelegiertenversammlung hat beschlossen:**  
**Der Landesparteitag möge beschließen:**  
**Der Bundesparteitag möge beschließen:**

**Pankow gestalten**

1 Die Berliner Landesgruppe in der SPD-Bundestagsfraktion wird aufgefordert, sich für eine  
2 progressive Weiterentwicklung des Bundesklimaschutzgesetzes einzusetzen, die u.a. folgende  
3 Punkte umfasst:

4

5 **Einleitung**

6

7 Wäre unser Pankow eine selbstständige Stadt, dann wäre sie nach Leipzig und Dresden die  
8 drittgrößte Stadt im Osten Deutschlands und auf Platz 16 bundesweit. Kein Berliner Bezirk  
9 wächst so stark, in keinem anderen Bezirk wurden in den letzten Jahren so viele Kinder  
10 geboren. Aus gut 330.000 Einwohner:innen bei der Fusion der Bezirke Prenzlauer Berg, Pankow  
11 und Weißensee im Jahr 2001 sind heute mehr als 420.000 geworden. Und die  
12 Bevölkerungsprognosen sehen uns Ende des Jahrzehnts bei etwa 450.000 Pankower:innen.

13

14 Dass es so und nicht anders gekommen ist, ist eine Erfolgsgeschichte. Am Anfang dieses  
15 Jahrtausends gab es für Berlin ganz andere Prognosen. Die Arbeitslosigkeit war hoch, es wurde  
16 der Wegfall weiterer Arbeitsplätze befürchtet und auch in unserem Bezirk wurden Schulen  
17 geschlossen. Stattdessen kam ein andauernder wirtschaftlicher Aufschwung, neue Jobs  
18 entstanden, immer mehr Wohnungen wurden saniert und immer mehr Menschen sind nach  
19 Pankow gezogen. Jeder dritte Schulplatz in unserem Bezirk ist in den letzten gut zehn Jahren  
20 neu entstanden.

21

22 Diese Erfolgsgeschichte hat zwei Seiten. Massive Mietsteigerungen, vor allem bei  
23 Neuvermietungen über dem Mietspiegel, aber auch bei Bestandsmieten, haben dazu geführt,  
24 dass sich gerade in den zentrumsnahen Ortsteilen schon heute viele keine Wohnung mehr  
25 leisten können. Auch Gewerbemieten haben angezogen, so dass oft kleinere Ladengeschäfte,  
26 Büros und soziale Träger in Bedrängnis kommen.

27

28 Schon ein Blick auf die Berlin-Karte zeigt: Freie Flächen für den Wohnungsbau finden sich ganz  
29 wesentlich in unserem Bezirk. Wir haben jetzt noch die Chance, das weitere Wachstum unseres  
30 Bezirks zu gestalten. Und wir sind entschlossen, das im Sinne aller Pankower:innen zu tun.  
31 Unser Schwerpunkt liegt dabei auf den Bedarfen von Menschen mit geringem oder mittlerem  
32 Einkommen.

33 Immer mehr Bürger\*innen trauen der Politik nicht mehr zu, die vorliegenden Probleme und  
34 Herausforderungen zu lösen. Wir werden deshalb ganz besonders bemühen, unsere Vorhaben  
35 und politischen Positionen weiter zu konkretisieren, so dass wir im Austausch mit unseren  
36 (potentiellen) Wähler\*innen weiterentwickeln können, was wir kurz-, mittel- und langfristig  
37 erreichen und welche konkreten Maßnahmen wir dazu jeweils ergreifen wollen.

38

39 Zunehmend mehr Bürger\*innen geben bei Umfragen an, dass sie den Eindruck haben, dass ihre  
40 Interessen, Meinungen und Sichtweisen keine Rolle spielen und sie keinen Einfluss auf die  
41 Politik nehmen können. Gemeinsam mit unseren lokalen SPD- Abteilungen in den Ortsteilen,  
42 unseren Arbeitsgemeinschaften, unseren Abgeordneten und Bezirksverordneten werden wir  
43 deshalb noch umfänglicher und entschlossener als bisher schon, für die Konkretisierung und  
44 Weiterentwicklung unserer Politik im Bezirk und auf der Landesebene das Gespräch und den  
45 Austausch mit den Bürgerinnen und Bürgern und den vielen engagierten Partnerinnen und  
46 Partnern aus der Zivilgesellschaft suchen. Wir treten auch für die Weiterentwicklung von  
47 Bürgerbeteiligung ein und wollen neue Beteiligungsformate ausprobieren. Initiativen der  
48 Bürger\*innen sollen Wertschätzung erfahren und im Rahmen vorhandener Ressourcen  
49 unterstützt werden.

50

51 Als linke Volkspartei leiten uns unsere Grundwerte Freiheit, Gerechtigkeit und Solidarität –  
52 gerade auch in der kommunalen Politik vor Ort. Dabei stehen immer die Menschen im  
53 Mittelpunkt unserer Politik. Wir kämpfen dafür, dass alle Menschen die gleichen Chancen haben,  
54 ein selbstbestimmtes Leben nach eigenen Vorstellungen zu führen.

55

### 56 **Krisen mit Vernunft und Menschlichkeit begegnen – nicht mit Hass und Hetze**

57

58 Wir leben in einer Zeit verschiedener Krisen, die sich unmittelbar auf unser Zusammenleben  
59 auswirken. Weltweit sind mehr als 100 Millionen Menschen infolge von Kriegen und  
60 Bürgerkriegen, Verfolgung, Hunger und Naturkatastrophen auf der Flucht. Die Coronapandemie  
61 hat die Verletzlichkeit unseres Gesundheitssystems deutlich gemacht und der russische  
62 Angriffskrieg gegen die Ukraine hat das Augenmerk einerseits auf die europäische  
63 Verteidigungsfähigkeit und andererseits auf unsere Abhängigkeiten von fossilen Brennstoffen  
64 aus Russland gerichtet.

65

66 Diese Krisenzeiten schaffen Verunsicherung, die von Populist:innen ausgenutzt wird, statt  
67 Lösungen lieber die vermeintlich Schuldigen zu suchen. Unsere Antwort auf all diese Formen,  
68 Hass zu säen und Hetze zu schüren, kann nur sein, unsere Politik so zu konkretisieren und zu  
69 erklären, dass sie den Bürger:innen Sicherheit und Orientierung gibt, Zusammenhänge gut  
70 erklärt und Mitmenschlichkeit, Gerechtigkeit und Solidarität in den Mittelpunkt allen Handelns  
71 stellt.

72

73 Pankow muss ein Ort der Möglichkeiten für alle seine Bewohner:innen sein. In einem Bezirk, in  
74 dem Menschen aus ganz Deutschland und aller Welt zusammenleben, in dem rund ein Viertel  
75 eine Migrationsbiografie hat, ist für uns klar: wir gehören zusammen, wollen alle teilhaben lassen  
76 und friedlich und gleichberechtigt zusammenleben.

77

78 Alle Kennziffern zeigen: Deutschland ist ein starkes und sicheres Land mit einem der besten  
79 Sozialsysteme der Welt. Die meisten Menschen sagen von sich selbst, dass es ihnen gut geht.  
80 Aber viele haben Angst vor einschneidenden Veränderungen und dem eigenen finanziellen  
81 Abstieg. Gerade in unserem Bezirk tragen steigende Mietpreise und Energiekosten dazu in  
82 besonderer Weise bei.

83 Ob Digitalisierung, die Einwanderung von Fachkräften, der Ausbau der erneuerbaren Energien,  
84 massive Investitionen in Schienen, Straßen und Brücken oder das Gegensteuern gegen den  
85 Klimawandel: zu viele notwendige Veränderungen sind viel zu lang liegen geblieben. Sie sind  
86 dringend notwendig. Daher erwarten wir von der Koalition aus SPD, Grünen und FDP im Bund,  
87 dass sie entschlossen handelt, Entscheidungen transparent erklärt und das Aushandeln von  
88 Meinungsunterschieden nicht in den Vordergrund stellt.

89

90 Nicht nur in Deutschland, sondern in vielen Teilen der Welt, haben sich Menschen in Formen  
91 von Parallelwelten zurückgezogen und sind so kaum noch im Gespräch erreichbar. Wir dürfen  
92 diese Menschen nicht aufgeben und müssen immer neue Gesprächsangebote machen.

93

94 Mehr als deutlich hat sich gezeigt, dass die Alternative für Deutschland nichts zur Lösung der  
95 Probleme in unserem Land beitragen kann und will, sondern Angst und Chaos stiften will.  
96 Mitglieder der AfD sind sowohl an rechtsterroristischen Umsturzplänen beteiligt als auch an  
97 Deportationsplänen von vermeintlichen rechten Vordenker:innen und Identitären. Es zeigen sich  
98 bedrohliche Parallelen zur Situation vor fast 100 Jahren.

99

100 Als Sozialdemokrat:innen werden wir auch dieses Mal alles dafür tun, auf der richtigen Seite der  
101 Geschichte zu stehen. Das erwarten wir diesmal auch von den Konservativen - durch  
102 kompromisslose Abgrenzung von einer rechtsextremistischen Partei.

103

104 Für uns vor Ort in Pankow bedeutet das insbesondere, unseren Bezirk für alle Menschen  
105 lebenswert zu erhalten, für seine gute Erreichbarkeit zu sorgen, den notwendigen Klimaschutz  
106 sozial zu gestalten, mit wirtschaftlichem Wachstum für gute und sichere Arbeitsplätze zu sorgen  
107 und den Bürger\*innen, die Unterstützung brauchen, einen leichten und zeitnahen Zugang zu den  
108 ihnen zustehenden staatlichen Leistungen zu gewährleisten.

109

110 Eine wichtige Rolle spielt dabei eine "funktionierende Stadt", mit einer leistungsfähigen  
111 Verwaltung, die durch Digitalisierung und Modernisierung den Transformationsprozess  
112 bewältigen kann und wieder zu einem attraktiven Arbeitsplatz werden muss.

113

#### 114 **Leben und arbeiten in Pankow**

115

116 Die Sozialdemokratie ist die Partei der Arbeit und sozialen Gerechtigkeit. Dies gilt es in Pankow  
117 zu verankern. Denn hier leben und arbeiten zahlreiche Arbeitnehmende. Hier sind  
118 Gewerbebetriebe und Industrie ansässig, die Arbeitsplätze schaffen und erhalten, ihre  
119 Dienstleistungen anbieten und gute Arbeits- und Lebensbedingungen verbinden – das gilt für  
120 Handwerksbetriebe, den Einzelhandel und die vielen Cafés im Prenzlauer Berg ebenso sehr wie  
121 für Stadler oder etwa das ABB Ausbildungszentrum Berlin im Nordwesten unseres Bezirks.

122

123 Wir haben als SPD Pankow die Perspektive der Arbeitnehmenden im Blick und werden verstärkt  
124 den Kontakt zu Betrieben und Betriebsräten suchen. Dabei berücksichtigen wir die Anliegen zur  
125 Gestaltung der Arbeits- und Lebensbedingungen aller Arbeitnehmenden. Im Bezirksamt wurde  
126 ein Beauftragter für `Gute Arbeit` eingerichtet, der sich mit den lokalen Arbeitsbedingungen  
127 befasst. Mit diesem Beauftragten wollen wir eine enge Zusammenarbeit suchen, um gemeinsam  
128 und zielgerichtet lokale Herausforderungen zu meistern.

129

130 Für Jugendliche sollen die notwendigen Rahmenbedingungen für Ausbildungen oder ein Duales  
131 Studium geboten werden. Durch bezahlbaren Wohnraum können wir die Situation, insbesondere  
132 von Auszubildenden, verbessern und die Betriebe im Ringen um Arbeits- und Fachkräfte

133 unterstützen. Gezielte Stadtentwicklungsprojekte können in Pankow die Lebensqualität der  
134 Arbeitnehmenden fördern.

135

136 Wir stehen für die Gleichstellung von Frauen im Erwerbsleben, die Vereinbarkeit von Familie  
137 und Beruf in Form von flexiblen Arbeitszeitmodellen und der Aufwertung von Sorgearbeit.

138

139 Oftmals sind Geflüchtete gut ausgebildete Fachkräfte. Diese Kompetenzen und Fähigkeiten zu  
140 erkennen und Angebote zu schaffen, um Integration über Arbeit zu fördern, ist unser aller  
141 Aufgabe. Es gilt auch deutlich mehr Betriebe zu unterstützen, Jugendliche mit  
142 Migrationsgeschichte für eine duale Ausbildung zu gewinnen. Hier braucht es Information und  
143 Motivation. Prekäre Arbeitsverhältnisse werden auch in Pankow durch unseriöse Unternehmen  
144 verbreitet. Oft werden Geflüchtete und Einwander:innen zu schlechten Arbeitsbedingungen und  
145 Löhnen ausgebeutet. Dem gilt es gemeinsam mit den DGB-Projekten „Faire Integration“ und  
146 „Faire Mobilität“ entgegen zu treten und Migrant:innen über Arbeitnehmer:innenrechte in  
147 Deutschland zu informieren. Hierbei sollte auch eine Zusammenarbeit mit BEMA, dem Berliner  
148 Beratungszentrum für Migration und Gute Arbeit, das auch in den Muttersprachen informiert,  
149 gesucht werden.

150

151 Für Menschen mit Behinderung schaffen wir Wege zur Integration in den Arbeitsmarkt und  
152 beschleunigen den Abbau von Barrieren. Der inklusive Arbeitsmarkt erfordert eine stärkere  
153 Berücksichtigung bei Planungsvorhaben in der Stadtentwicklung oder beim Bau von Gebäuden.  
154 In Pankow sollen Menschen mit Behinderung als Vorbilder gefördert und bei öffentlichen  
155 Trägern angestellt werden.

156

### 157 **Pankow – lebenswert für alle**

158

159 Steigende Mieten im Bezirk sind auch für jene Menschen, die heute noch eine bezahlbare  
160 Wohnung haben, ein großes Problem. Auf dem Wohnungsmarkt zeigt sich sehr deutlich, zu  
161 welchen negativen Auswirkungen ein unzureichend regulierter Markt führt. Der Staat muss mehr  
162 tun, um dem menschlichen Grundbedürfnis nach Wohnen gerecht zu werden.

163

164 Die Nachfrage wird hoch bleiben. Wir müssen ihr mit einem wachsenden Angebot begegnen,  
165 welches größtmöglich in öffentlicher Hand sein muss. Durch einen großen Wohnungsbestand in  
166 öffentlicher Hand kann die Gestaltung der Mietpreise besser kontrolliert werden, da weniger  
167 Wohnungen dem reinen Gewinnstreben unterworfen sind.

168

169 Bauen: Auf landeseigenen Flächen wie dem Blankenburger Süden, in Buch Am Sandhaus oder  
170 auf der Elisabethhau in Französisch Buchholz müssen vorrangig kostengünstige  
171 Mietwohnungen entstehen. Hier sollen deshalb vor allem die sieben landeseigenen  
172 Wohnungsbaugesellschaften und Genossenschaften neue Wohnungen bauen dürfen. Das  
173 Pankower Tor ist dabei ein Beispiel, wie eine gute Stadtentwicklungspolitik, die Neubauprojekte  
174 schnellstmöglich umsetzen will, zuweilen in bürokratischen Schwierigkeiten steckenbleiben  
175 kann. Wir sind zuversichtlich, dass das Projekt nun entsprechend umgesetzt werden wird. Die  
176 Bemühungen um den zügigen Neubau von Wohnraum werden durch die jahrzehntelangen  
177 Auseinandersetzungen um dieses Projekt der Lächerlichkeit preisgegeben. Das Pankower Tor  
178 ist unterdessen zu einem Symbol für eine unfähige und von Partikularinteressen dominierte  
179 Stadtentwicklungspolitik geworden. Hier und bei allen anderen Neubauprojekten werden wir  
180 unter Berücksichtigung eines angemessenen Interessenausgleichs dafür sorgen und darauf  
181 drängen, dass Natur- und Umweltschutz nicht zur Verschleppung und Verhinderung missbraucht  
182 werden. Der Mensch steht bei uns im Mittelpunkt. Da bisher in großem Umfang alten- und

183 behindertengerechte Wohnungen fehlen, muss beim Neubau auf ausreichend barrierefreien  
184 Wohnraum geachtet werden.  
185

186 Kaufen: Dort, wo es sinnvoll und wirtschaftlich vertretbar ist, werden Wohnungsbestände durch  
187 die landeseigenen Anbieter aufgekauft und in den Bestand integriert.  
188

189 Deckeln: Wirksame Instrumente, um den Mietenanstieg sowohl bei Neuvermietungen als auch  
190 bei Bestandsmieten und auch für Gewerbe zu bremsen, können nur auf Bundesebene  
191 beschlossen werden. Deshalb kämpfen wir für eine starke SPD im Bund. Auf Landesebene  
192 stärken wir u.a. Fonds, die Menschen vor dem Verlust der Wohnung aufgrund von  
193 Mieterhöhungen schützen.  
194

195 Durchsetzen: Bestehende Gesetzgebung zum Mieterschutz wie die Mietpreisbremse und das  
196 Zweckentfremdungsverbot müssen wirksamer durchgesetzt werden. Wir arbeiten für eine  
197 verbesserte Ausstattung der zuständigen Behörden.  
198

199 Viele Pankower:innen wohnen in Wohnungen landeseigener Gesellschaften oder von  
200 Genossenschaften – eine Privatisierung dieser Bestände, wie sie von manchen Konservativen  
201 und von Rechtspopulist:innen gefordert wird, darf es niemals geben. Wir setzen uns dafür ein,  
202 dass in landeseigenen Wohnungen regelmäßige Mieterhöhungen so gering wie nötig gehalten  
203 werden und es für besonders vulnerable Gruppen weitere Entlastungen gibt. Wir unterstützen  
204 den Vorstoß, dass in den Landeseigenen die Mietbelastung nur bis zu 27 % des  
205 Haushaltsnettoeinkommens betragen darf und setzen uns dafür ein, dass diese Quote stets  
206 überprüft wird.  
207

208 Für vulnerable Gruppen wie Geflüchtete, Wohnungslose, Jugendliche in der Jugendhilfe oder  
209 Menschen mit Beeinträchtigungen ist bezahlbarer Wohnraum besonders wichtig für ein  
210 selbstbestimmtes Leben. Wir setzen uns dafür ein, gerade für diese Gruppen die Hürden zum  
211 Wohnungsmarkt abzubauen. Geflüchtete und Wohnungslose müssen möglichst dezentral  
212 untergebracht werden, um Integration und Teilhabe in den Nachbarschaften zu ermöglichen.  
213 Unser Ziel ist es, dass Sammelunterkünfte, insbesondere konzentriert in einzelnen  
214 Stadtquartieren, Schritt für Schritt zugunsten von Wohnungen abgebaut werden. Für  
215 Senior:innen und Menschen mit Beeinträchtigungen machen wir uns auch für einen  
216 barrierefreien Umbau von Bestandswohnungen und Schaffung barrierefreier Wohnungen in der  
217 Nachverdichtung stark.  
218

219 Mit neuen Wohnungen allein ist es dabei nicht getan: für uns bleibt es zentral, die notwendige  
220 Infrastruktur vor Ort im engen Dialog mit lokalen Akteuren mindestens zeitgleich zu entwickeln:  
221 vor allem Schulen und Kitas, Sport- und Grünflächen, Familienzentren und Kinderspielplätze,  
222 Gesundheitsversorgung, Pflege und weitere soziale Dienstleistungen haben wir dabei besonders  
223 im Fokus. Die großen Wohnungsbauprojekte machen es möglich, besonders lebenswerte  
224 Quartiere zu schaffen: mit kurzen Wegen, einer guten Mischung aus Wohnen, Infrastruktur und  
225 Gewerbe, nachhaltig und klimafreundlich. Dabei stehen für uns besonders Schulgebäude im  
226 Fokus, die wir beschleunigt sanieren und dabei klimaneutral machen wollen.  
227

228 **Pankow – gut erreichbar**  
229

230 Wachsende Stadt bedeutet auch einen wachsenden Bedarf für ein leistungsfähiges  
231 Verkehrsnetz, insbesondere auch im Norden unseres Bezirks. Dabei gilt für uns auch hier der

232 Grundsatz, dass solche Infrastruktur mit der Bezugsfertigkeit der neuen Wohnungen zur  
233 Verfügung stehen soll.

234

235 Im Unterschied zu anderen Parteien führen wir in der Verkehrspolitik keine Kulturkämpfe –  
236 weder gegen das Auto, noch gegen das Rad.

237

238 Wir sind überzeugt davon, mit guten, zuverlässigen Anbindungen, barrierefreien  
239 Nutzungsmöglichkeiten und attraktiven Preisen den Umstieg auf den ÖPNV erleichtern zu  
240 können. Gemeinsam mit sicheren und schnellen Radverkehrsverbindungen werden dadurch  
241 viele Autofahrten überflüssig.

242

243 Die Verlängerung der Tramlinien vom Pasedagplatz nach Pankow und von Heinersdorf in den  
244 Blankenburger Süden verbessert Anschlüsse. Endlich bringen wir auch den Ausbau der U-Bahn  
245 weiter voran. An der Ossietzkystraße im Pankower Zentrum kann bis etwa 2040 ein  
246 leistungsfähiger Kreuzungsbahnhof entstehen, an den die U2 sowie die U9 aus Wedding  
247 verlängert werden. Letztere führt über Heinersdorf dann in den Blankenburger Süden. Für die U-  
248 Bahn „U10“ vom Alexanderplatz nach Weißensee und darüber hinaus wird endlich eine  
249 Machbarkeitsstudie erstellt. Der Lückenschluss der S-Bahnlinie S75 von Wartenberg zunächst  
250 bis nach Blankenburg (Sellheimbrücke), später bis zum Karower Kreuz, soll bis Ende dieses  
251 Jahrzehnts erfolgen.

252

253 Mit Kiezbussprojekten werden wir die Anbindung an den öffentlichen Nahverkehr dort verbessern,  
254 wo der Weg zur Haltestelle heute zu lang ist.

255

256 Die SPD steht für bezahlbare Mobilität: Wir haben dafür gesorgt, dass die Berliner Schülerinnen  
257 und Schüler den Nahverkehr in Berlin kostenlos nutzen können. Wir haben mit dem  
258 Deutschlandticket ein preislich hochattraktives Angebot geschaffen. Und wir haben nun in Berlin  
259 mit dem Berlin-Ticket für 29 Euro eine weitere Option für die wieder eingeführt, die nur innerhalb  
260 Berlins die volle Mobilität brauchen. Für Bürger:innen mit niedrigem Einkommen bleibt es beim  
261 Sozialticket für 9 Euro.

262

263 Wir stehen klar zur Verbesserung der Möglichkeiten für den Radverkehr, insbesondere für die  
264 Einrichtung sicherer Radverkehrsanlagen an den Hauptstraßen und die Ausweisung weiterer  
265 Fahrradstraßen sowie die Ausweitung von Abstellmöglichkeiten für Räder, um die kombinierte  
266 Nutzung von Nahverkehr und Fahrrad zu erleichtern. Dabei haben wir besonders die Gebiete in  
267 weniger zentralen Lagen, in denen die Radinfrastruktur bisher völlig unzureichend ausgebaut ist,  
268 im Blick. Gleichzeitig muss um die Antriebswende gelingen zu lassen, auch in Pankow die  
269 entsprechende Ladeinfrastruktur für E-Mobilität ausgebaut werden.

270

271 Auch in der Verkehrspolitik gilt es, unterschiedliche Interessen gegeneinander abzuwägen. Dazu  
272 gehört einerseits, dass sich gut und sicher in der Stadt bewegen kann, wer zu Fuß unterwegs  
273 ist. Gehwege in gutem Zustand und sichere Querungsmöglichkeiten sind dafür wichtige  
274 Voraussetzungen.

275

276 Dazu gehört andererseits aber auch der Schutz vor zu viel Verkehr und Lärm. Wohngebiete  
277 verkehrlich zu beruhigen, z. B. durch sogenannte Kiezblocks, die Schleichweg-Verkehre  
278 verhindern, erhöht die Lebensqualität und die Sicherheit für alle im Kiez.

279



280 Insbesondere Menschen mit Beeinträchtigungen, viele Senior:innen und Familien mit kleinen  
281 Kindern sind für ihre Mobilität auf einen barrierefreien ÖPNV, ausreichend Bänke – auch in  
282 Einkaufsstraßen – und kostenlose barrierefreie öffentliche Toiletten angewiesen.“

283

#### 284 **Pankow – klimaneutral und das sozial**

285

286 Den Klimawandel nehmen wir in Berlin und Brandenburg stark wahr: Steigende Temperaturen in  
287 der Stadt, Waldbrände und langanhaltende Trockenheit wechseln sich mit  
288 Starkregenereignissen und Hochwasserlagen ab.

289

290 Wir müssen also etwas tun und dabei dagegen arbeiten, dass Menschen Angst vor  
291 Klimaschutzmaßnahmen haben müssen, weil sie mit steigenden Kosten verbunden werden.

292

293 Dazu gehört für uns zu verhindern, dass die an Wohngebäuden notwendigen Maßnahmen auf  
294 die Mietpreise durchschlagen. Gleichzeitig wollen wir dafür sorgen, dass Klimaschutz auch zu  
295 Kosteneinsparungen führt, etwa wenn Stück für Stück mehr erneuerbare Energien erzeugt und  
296 genutzt werden. Deswegen wird z.B. der Umstieg auf neue, moderne Heizungsanlagen im  
297 Unterschied zu vorherigen Bundesregierungen heute finanziell gefördert.

298

299 Um schnellstmöglich klimaneutral zu werden, haben wir gute Gesetze und Fördermöglichkeiten  
300 geschaffen, um einen Umstieg auf Erneuerbare zu schaffen. Die Unsicherheit, die in dieser  
301 Phase bei vielen Menschen besteht, nutzen die Rechtsextremen aus und verbreiten  
302 Falschinformationen, um die Energiewende zu verhindern. Das ist brandgefährlich. Unsere  
303 Aufgabe muss es sein, die Menschen auf dem Weg zur Klimaneutralität gut zu informieren,  
304 Unklarheiten zu beseitigen, um sie bei dieser Transformation wirklich mitzunehmen. Wir werden  
305 soziale Härten ausgleichen. Auch eine Beteiligung der Bürger:innen an der Energiewende,  
306 beispielsweise über genossenschaftliche Modelle, wollen wir möglich machen.

307

308 Im Bezirk sind nicht die Grünen, sondern wir, unsere BVV-Fraktion, die treibende Kraft, die den  
309 Kampf gegen den Klimawandel gestaltet. Es war die SPD, die die Ausrufung des  
310 Klimanotstandes in der Bezirksverordnetenversammlung von Pankow beantragt hat. Und wir  
311 sind es auch, die das Konzept der Kiezblocks in unserem Bezirk ins Leben gerufen haben.

312

313 Auch und besonders für die öffentlichen Gebäude bedeutet die Dekarbonisierung eine große  
314 Herausforderung. Hierfür müssen rasch tragfähige und finanzierbare Strategien entwickelt  
315 und umgesetzt werden.

316

317 Wir wollen öffentliche Plätze und Grünanlagen widerstandsfähiger gegen die klimatische  
318 Erwärmung machen, Flächen entsiegeln und Bäume und Pflanzen verwenden, die solche  
319 klimatischen Bedingungen gewöhnt sind.

320

321 Generell geht es darum, in der wachsenden Stadt auch Freiräume zu erhalten und unter  
322 Berücksichtigung des Natur- und Artenschutzes ein gesundes Maß zwischen Verdichtungen in  
323 der Innenstadt und dem Neubau von Wohnsiedlungen in den Außenbezirken zu finden. Parks  
324 und Grünanlagen müssen so gestaltet sein, dass sie für die Pankowerinnen und Pankower  
325 gleichzeitig attraktiv und nutzbar sind und trotzdem Naturräume bleiben.

326

327 Besonders am Herz liegt uns der Schutz von Kleingarten- und Erholungsanlagen. Die, die auf  
328 landeseigenen Flächen liegen, wollen wir dauerhaft erhalten. Jene, die auf privaten Flächen  
329 liegen, werden wir planungsrechtlich so gut wie möglich vor anderer Verwertung schützen.

330 Es sind auch kleine Maßnahmen, die helfen, gerade im Sommer den Auswirkungen klimatischer  
331 Veränderungen zu begegnen. Die Schaffung von immer mehr öffentlichen Trinkbrunnen, an  
332 denen die Versorgung mit Trinkwasser gewährleistet wird, treiben wir voran. Wir wollen z.B. aber  
333 auch, dass es die Möglichkeit gibt, in öffentlichen Gebäuden Sonnencreme-Spender zu nutzen.

334

### 335 **Die „alte Tante SPD“: Eine lebendige Volkspartei**

336

337 Über 160 Jahre Geschichte hat unsere Partei, die alle wesentlichen Entscheidungen deutscher  
338 Geschichte seitdem mitgeprägt hat. Die Schaffung der sozialen Sicherungssysteme beginnend  
339 im Kaiserreich, die Entscheidung für die parlamentarische Demokratie, die Einführung des  
340 Frauenwahlrechts, der Widerstand gegen den Nationalsozialismus und die Durchsetzung  
341 wesentlicher Rechte für Arbeitnehmer:innen – nichts davon wäre ohne die SPD denkbar  
342 gewesen.

343

344 Die aktuelle Situation rund um das Erstarken, aber auch die Verfestigung der hohen Werte der  
345 AfD sowie das hohe Potenzial des BSW (Bündnis Sahra Wagenknecht) müssen für uns als  
346 Partei ein Warnsignal sein, auch auf der kommunalen Ebene. Zudem müssen wir als Kreis uns  
347 grundlegenden Fragen über den enormen Stimmenverlust in Pankow über die letzten Jahre  
348 hinweg Gedanken machen. Aus den vorliegenden Analysen zu den Wahlergebnissen müssen  
349 die richtigen Schlüsse gezogen werden.

350

351 Von uns als SPD braucht es wieder weitreichendere Vorschläge für politische Maßnahmen, die  
352 die Herausforderungen aller Menschen an der Wurzel anpacken. Politisches Handeln, mit  
353 welchem lediglich Symptome bekämpft werden, reicht nicht mehr. Dafür müssen wir als Partei  
354 unsere Mechanismen des politischen Handelns hinterfragen und Lösungen finden, wie wir  
355 wieder mehr Menschen für unsere politischen Ideen gewinnen können. Dabei müssen wir in  
356 unseren Entscheidungsfindungsprozessen erheblich schneller und agiler werden.

357

358 Schon der Blick in die Wahlprogramme vieler konservativer, libertärer oder rechtspopulistischer  
359 Parteien zeigt: Nichts von dem, was an sozialem und gesellschaftlichem Fortschritt erreicht  
360 wurde, ist auf Dauer sicher.

361

362 Ob Beschränkungen bei den Rechten von Arbeitnehmer:innen, ob Umverteilung von unten nach  
363 oben durch einen vermeintlich „schlanken Staat“ oder gleich der komplette Wechsel in ein  
364 autoritäres System: die Gegenmodelle liegen alle auf dem Tisch.

365

366 Deshalb braucht es weiter eine starke Sozialdemokratie.

367

368 Pankow ist ein ostdeutscher Kreisverband, der in den vergangenen 35 Jahren viele  
369 Veränderungen durchlaufen hat. Diese Besonderheit müssen wir stärker in den Blick nehmen  
370 und mit unserer Politik darauf eingehen. Traditionell gibt es hier im Osten eine sehr schwache  
371 Parteibindung. Umso mehr müssen wir unsere Angebote nach draußen richten, um die  
372 Menschen zu erreichen und die Perspektiven der Menschen einsammeln.

373

374 Hier bei uns in Pankow sind wir daran gewöhnt, zu gestalten, zuzuhören, zu vermitteln. Mit fast  
375 2000 Mitgliedern im Bezirk in allen Ortsteilen sind wir überall vertreten. In unseren örtlichen  
376 Abteilungen und mit unseren thematischen Arbeitsgemeinschaften sind wir Ansprechpartner für  
377 all diejenigen, die mitgestalten wollen: Für Menschen, denen Probleme nicht nur auffallen,  
378 sondern die sie lösen wollen. Für Initiativen, die sich für das Miteinander im Bezirk einsetzen.  
379 Für Vereine, die Zusammenhalt organisieren und gegen die Spaltung der Gesellschaft kämpfen.

380 Für Organisationen, die sich für das Gemeinwohl einsetzen und uns schützen.  
381 Wohlfahrtsverbände, Jugendeinrichtungen, Demokratie-, Gleichstellungs- und  
382 Integrationsprojekte leisten unverzichtbare Arbeit in unserem Bezirk. Ihre Arbeit zu unterstützen  
383 und den Austausch mit ihnen sehen wir als eine wichtige Verpflichtung an.

384

385 Die SPD ist dafür da, sich Interessen anzuhören, ohne sich automatisch mit ihnen gemein zu  
386 machen. Wir wollen dort vermitteln, wo es Konflikte gibt. Wir wollen gemeinsam konstruktiv an  
387 Lösungen arbeiten. Wir nehmen uns dafür Zeit und tun dies fast durchgängig ehrenamtlich.

388 Für uns ist dabei klar:

389

- 390 • Unsere Termine sind im Wesentlichen öffentlich und transparent einsehbar.
- 391 • Wir führen Versammlungen und Veranstaltungen im gesamten Bezirk durch.
- 392 • In unserem Kreisbüro und in den Büros unserer vier Abgeordneten finden die  
393 Pankower:innen Ansprechpartner:innen, mit denen sie politische Ideen und Vorhaben  
394 besprechen können.
- 395 • Die Pankower SPD freut sich über jedes Interesse an einer Mitarbeit und  
396 Zusammenarbeit. Das „Hereinschnuppern“ ist in allen Abteilungen und  
397 Arbeitsgemeinschaften möglich.
- 398 • Wir informieren über unsere Arbeit öffentlich und transparent.

399

400 Wir laden ein, diesen Weg des Ausgleichs von Interessen durch Gespräche mitzugehen.  
401 Egal ob nur im politischen Kontakt oder als Mitglied der Partei.

402

403 Wir wollen aber auch Parteiarbeit verändern, moderner, innovativer und zugänglicher gestalten.  
404 Hierfür werden wir auch unsere Angebote ausbauen und attraktiver gestalten. Ziel ist, möglichst  
405 einfach den Kontakt herstellen und sich bei uns einbringen zu können. Insbesondere Gruppen,  
406 die in der aktiven Arbeit der SPD Pankow bisher unterrepräsentiert sind, wie Frauen, Jüngere,  
407 Senior:innen, Menschen mit Beeinträchtigungen sowie Menschen mit Migrationsbiografie und  
408 solche ohne akademischen Abschluss wollen wir durch gezielte Ansprache für das Engagement  
409 bei uns gewinnen.

410

411 Aus dem Kreisvorstand heraus unterstützen wir daher Abteilungen und Arbeitsgemeinschaften  
412 bei der Organisation von öffentlichen Veranstaltungen sowie in allen Veranstaltungs-,  
413 Informations- und Beteiligungsformaten und fördern den Austausch unter den Gliederungen. Die  
414 Pankower SPD organisiert auf Kreisebene jährlich mindestens vier Veranstaltungen, bei denen  
415 politische Diskussionen und Begegnungen mit zivilgesellschaftlich engagierten Menschen im  
416 Mittelpunkt stehen, die auf verschiedenen Kanälen beworben und in geeigneter Form  
417 dokumentiert werden. Unser Ziel ist, dass die Pankower:innen flächendeckend im gesamten  
418 Bezirk regelmäßig etwas von „ihrer“ SPD vor Ort hören.

419

420 Insbesondere wollen wir neue Zielgruppen erschließen, die im Dialog mit uns engagierten  
421 Sozialdemokrat:innen politische Initiativen anregen und weiterentwickeln. Wir wollen dafür der  
422 politische Ansprechpartner in unserem Bezirk sein.

423

424 Es ist Zeit, Farbe zu bekennen, Haltung zu zeigen und sich zu engagieren.

425 Für ein starkes Gemeinwohl.

426 Für ein Land, das seine Demokratie verteidigt.

427 Jetzt.

**Kreisdelegiertenversammlung Pankow**  
Antrag an die Kreisdelegiertenversammlung  
**01. KDV am 20.04. 2024**

**WP 2024 bis 2026**

**ANT 009/01**

Antrag Nr.

**03/15 Abt. Kollwitzplatz - Winskiez**

**16.03.2024**

Antragstellung:

Eingangsdatum

x (bitte ankreuzen)

**Die Kreisdelegiertenversammlung hat beschlossen:**

**Der Landesparteitag möge beschließen:**

**Der Bundesparteitag möge beschließen:**

**Bundesklimaschutzgesetz nicht schleifen, sondern weiterentwickeln**

- 1 Die Berliner Landesgruppe in der SPD-Bundestagsfraktion wird aufgefordert, sich für eine  
2 progressive Weiterentwicklung des Bundesklimaschutzgesetzes einzusetzen, die u.a. folgende  
3 Punkte umfasst:  
4  
5 - Beibehaltung der Sektorziele  
6 - Erweiterung der Berichterstattung auf die aggregierten Ziele für die drei Regelungskreise  
7 der EU („EU Emissions Trading Scheme“ (ETS), Lastenteilungsverordnung und „Land  
8 Use, Land Use-Change and Forestry“ (LULUCF))  
9 - Erweiterung der Berichterstattung auf Produkt-Importe und -exporte und die damit  
10 verbundenen CO<sup>2</sup>-Äquivalente

**Begründung:**

Das Ampel-Kabinetts hat unter Federführung von Robert Habeck einen Gesetzesvorschlag zum Klimaschutzgesetz vorgelegt, der eine wohl austarierte Mechanik außer Kraft setzen soll und riskiert damit (Straf)-Zahlungen innerhalb der EU in Milliarden-Euro-Höhe. Dabei sollten alle drei Regierungsfractionen es besser wissen.

Ähnlich wie das Erneuerbare-Energien-Gesetz (EEG) ist der Bundesklimaschutzgesetz vom Entstehen her ein Parlamentsgesetz. Die wesentlichen Grundzüge dieses Gesetzes finden sich in einem Antrag der SPD-Fraktion aus dem Jahr 2010.

Nachdem 2017 die Verhandlungen über die Bildung einer „Jamaika-Koalition“ gescheitert waren, kam es 2018 zur Neuauflage der Großen Koalition. Für die SPD war damals klar, dass diese Koalition nicht ohne ein vom Parlament beschlossenes Klimaschutzgesetz eingegangen werden darf. Sie hat sich auch deswegen in dieser Frage durchgesetzt.

Am 15. November 2019 wurde das Bundesklimaschutzgesetz dann von den Regierungsfractionen gegen die Stimmen der Opposition beschlossen.

Am 24. März 2021 schrieb das Bundesverfassungsgericht Geschichte. Es erhob den Klimaschutz gleichsam in Verfassungsrang und forderte konkret, dass die Minderung der Treibhausgasemissionen für Zeiträume nach 2030 bis zum 31. Dezember 2022 zum Schutz der Freiheit künftiger Generationen näher geregelt werden muss. Für die SPD war das ohnehin eine Selbstverständlichkeit. Viel wesentlicher ist aber, dass es der damaligen SPD-Fraktion im Bundestag mit der 1. Änderung des Klimaschutzgesetzes am 24. Juni 2021 gelungen ist, über die Forderungen des Bundesverfassungsgerichtes hinaus eine deutliche Verschärfung der Klimaschutzziele durchzusetzen. Dagegen waren damals - erneut - die heutigen Regierungsparteien Grüne und FDP.

Das Klimaschutzgesetz ist – wie das erste EEG auch – kurz und verständlich geschrieben und benennt klare Verantwortlichkeiten. Genau das Gegenteil unsinniger Bürokratie. Die verschleiert und verschiebt fast immer Verantwortlichkeiten.

Das Klimaschutzgesetz stärkt den Deutschen Bundestag gegenüber der Bundesregierung. Hier gibt es Parallelen zur Aufstellung und Überwachung des Bundeshaushaltes. Sowohl beim Bundeshaushalt als auch beim Klimaschutz geht es um Budgets und Budgetplanungen, die eingehalten werden müssen. Sonst – das zeigt die bloße Lebenserfahrung - laufen die Budgets aus dem Ruder.

Ohne Zweifel sind sektorübergreifende Maßnahmen in vielen Fällen der beste, schnellste und kostengünstigste Weg für einen erfolgreichen Klimaschutz. Deswegen sind sie auch in § 8 Absatz 2 des Klimaschutzgesetzes verankert und sollten sich auch in den Klimaschutzprogrammen der Bundesregierung wiederfinden, genau wie der in § 13 Absatz 2 erwähnte Lebenszyklus-Ansatz.

Das Bundesklimaschutzgesetz ist auch in den europäischen Rechtsrahmen eng eingebunden. Und die EU ist Vertragspartner des Weltklimaabkommens. Die EU legt eine jährliche Obergrenze für die Emissionen der Unternehmen fest, die am europäischen Emissionshandel (ETS) teilnehmen müssen.

Für die übrigen Emissionen gibt es im Zuge der Lastenteilungsverordnung verpflichtende jährliche Minderungsziele für alle EU-Staaten. Die Staaten sind zur Einhaltung dieser Ziele verpflichtet. Falls die Ziele in einem Staat verfehlt werden, sind nach dem Verursacherprinzip Emissionsrechte bei den Staaten zu kaufen, die ihre Ziele übererfüllt haben. Deutschland musste bereits für die Handelsperiode bis 2020 Emissionsrechte kaufen.

Die Ziele der EU für Deutschland und die Ziele im Klimaschutzgesetz 2019 waren deckungsgleich. Mit dem Klimaschutzgesetz 2021 hat Deutschland die bisher geltenden Vorgaben der EU übererfüllt und damit ein wesentliches politisches Signal für die Verschärfung der europäischen Klimaschutzziele gesetzt. Mit Beschluss über die neue Lastenteilungsverordnung sind die Ziele des Bundesklimaschutzgesetzes seit März 2023 nunmehr nicht nur national, sondern auch innerhalb der EU rechtlich verbindlich geregelt. Dies kann auch eine Reform des Bundesklimaschutzgesetzes nicht ändern.

Beim Abschluss des Koalitionsvertrages im Jahr 2021 war die Lage noch anders, aber bereits damals wurde formuliert: „Wir wollen mit aller Kraft vermeiden, dass Deutschland aufgrund einer Nichterreichung seiner Klimaziele EU-Emissionshandels-Zertifikate im Rahmen der EU-Lastenteilung kaufen muss, die den Bundeshaushalt belasten.“

Mit der Stellungnahme des Expertenrates zum Entwurf des Klimaschutzprogramms 2023 der Bundesregierung sowie dem Prüfbericht für die Sektoren Gebäude und Verkehr liegt nun ein Zahlenmaterial über die drohende Zielverfehlung bis 2030 vor. Vor allem bedingt durch ein „fehlendes Gesamtkonzept“ der Bundesregierung ist bis 2030 eine kumulierte Zielverfehlung von 35 Mt CO<sup>2</sup>-Äquivalenten im Gebäudesektor sowie 171 bis 191 Mt CO<sup>2</sup>-Äquivalenten im Verkehrssektor zu erwarten. Bei einer aufsummierten, aktuell realistischen Zielverfehlung von 226 Millionen Tonnen müssten in dieser Höhe Emissionsberechtigungen bei den EU-Nachbarstaaten gekauft werden. Angesichts der beschlossenen Zielverschärfungen für die gesamte EU sind Knappheitspreise deutlich über 100 € pro Tonne sehr wahrscheinlich. Bei 100 € pro Tonne kämen ohne Kurskorrektur auf den deutschen Staat Zahlungen von ca. 22 Milliarden € zu, bei höheren Kosten pro Tonne entsprechend mehr. Niemand kann hohe Knappheitspreise ausschließen. Das Risiko kann nur durch eine gute, soziale und damit breit akzeptierte Klimaschutzpolitik mit erfolgreicher Emissionsreduzierung vermindert werden. Angesichts der sich dramatisch zuspitzenden Klimakrise muss dies eine Selbstverständlichkeit sein. Deswegen sollte der Bundestag das Klimaschutzgesetz nicht abschwächen, vor allem nicht die jährlichen Sektorziele schleifen, sondern ganz im Gegenteil die eigenen Kontroll- und Sanktionsrechte gegenüber der Regierung stärken. Jedes Jahr zählt, denn am Ende kommt es auf die aufsummierten Gesamtemissionen (Budget) an.

Wegen der geschilderten Zusammenhänge ist eine Ausweitung der Berichtspflichten über die Sektorziele hinaus auf die Einhaltung der EU-Vorgaben zwingend.

Weiterhin muss dringend der Bilanzrahmen des Gesetzes erweitert werden. Die Bilanz von Im- und Exporten muss in die Berichterstattung einfließen. Nach den gegenwärtigen Regeln kann die CO<sup>2</sup>-Bilanz von Deutschland durch das Schließen von Industrie bei uns und Ersatz durch Importe (Quellprinzip) verbessert werden. Eine derartige Strategie ist aber weder unter volkswirtschaftlichen Aspekten noch unter den Gesichtspunkten des Klimaschutzes sinnvoll. Hier bedarf es der transparenten Aufbereitung der Fakten, um die politisch richtigen Entscheidungen zu treffen. Die notwendigen Daten liegen weitgehend vor.

**ANT 017/01**

Antrag Nr.

**03/14 Abt. Bötzowviertel**

**24.03.2024**

Antragstellung:

Eingangsdatum

x (bitte ankreuzen)

- Die Kreisdelegiertenversammlung hat beschlossen:**
- Der Landesparteitag möge beschließen:**
- Der Bundesparteitag möge beschließen:**

**Keine gesetzlich verordnete Mietsteigerungen – Umlagefähigkeit der Grundsteuer abschaffen**

- 1 Die SPD fordert ihre Mandatsträger\*innen im Abgeordnetenhaus und ihre Vertreter:innen im
- 2 Deutschen Bundestag auf, sich anlässlich der Umsetzung der Grundsteuerreform zum 1. Januar
- 3 2025 verstärkt für die Abschaffung der Umlagefähigkeit der Grundsteuer B auf die
- 4 Betriebskosten in Mietverhältnissen einzusetzen.
- 5
- 6 Hierzu ist die Definition der Betriebskosten in § 556 Abs. 1 S. 2 BGB anzupassen und § 2 Nr. 1
- 7 der Betriebskostenverordnung (BetrKV) zu streichen.

**Begründung:**

Nachdem das Bundesverfassungsgericht die bisherigen Erhebungsgrundlagen für die Grundsteuer als verfassungswidrig eingestuft hatte, wurde mit dem 2019 in Kraft getretenen Siebenten Abschnitt des Bewertungsgesetzes ein neues Bewertungsverfahren für die Grundsteuer geschaffen. Damit werden die Wertverzerrungen, die im Laufe der Jahrzehnte für die Einheitsbewertung entstanden sind, beseitigt und durch Berücksichtigung der Lage des Grundstücks, der Flächen für Grundstück und Gebäude und des Alters der Gebäude die Wertunterschiede nachvollziehbar abgebildet.

Für viele Mieter:innen, insbesondere in den Ballungsgebieten, wird die Grundsteuerreform jedoch höhere Kosten mit sich bringen, wenn die Steuer weiterhin von den Eigentümer:innen auf die Betriebskosten umgelegt werden kann. Vor allem die Mieter:innen in Großstädten werden ab 2025 deutlich mehr bezahlen. Dabei ist der Anteil der Grundsteuer an den Wohnkosten bereits heute schon ein beachtlicher Kostenfaktor. Neben dem weiterhin starken Anstieg der Angebotsmieten, der insbesondere in den Ballungsgebieten über der allg. Verbraucherpreisentwicklung liegt, geht den Mieter:innen über die als Betriebskosten zu zahlende Grundsteuer weitere reale Kaufkraft verloren. Die SPD muss sich daher auch außerhalb ihrer Wahlprogramme als Partei der Mieter:innen betätigen und darf nicht weitere, faktische Mieterhöhungen per Gesetz ermöglichen. Bislang gab es hierzu lediglich in 2019 eine Ankündigung aus der damaligen SPD-Bundestagsfraktion. Auch eine Bundesratsinitiative des Landes Berlin (Drs. 434/19) wurde nicht weiterverfolgt und ging ins Leere. Das Land Berlin

beabsichtigt zwar, den Hebesatz für bebaute und bebaubare Grundstücke ab dem 01.01.2025 von derzeit 810 Prozent auf 470 Prozent absenken, damit die Grundsteuer nicht zu einer untragbaren Belastung für die Berlinerinnen und Berliner wird. Dennoch ist insbesondere in den nicht mehr ganz neuen Bundesländern und den östlichen Bezirken Berlins ein Anstieg der Grundsteuer und damit der umlegbaren Betriebskosten zu erwarten, wurde dort doch bisher mit veralteten Werten gerechnet.

Deshalb muss neben der Grundsteuerreform zusätzlich auch die Rechtsgrundlage der Betriebskostenverordnung geändert und die darin enthaltene Umlage der Grundsteuer auf die Mieten abgeschafft werden. Künftig soll die Abgabe allein von den Eigentümer:innen getragen werden. Die hiergegen aus Teilen der Politik und von der Immobilienwirtschaft vorgetragenen Einwände vermögen nicht zu überzeugen. Ungeachtet dessen, dass die Grundsteuer nicht zweckgebunden ist und daher nicht allein zur Finanzierung der Infrastruktur und des Wohnumfeldes verwendet wird, profitieren von einer Umfeldverbesserung auch nicht nur die Mieter:innen, die Eigentümer:innen sind ebenfalls Nutznießer durch die damit einhergehenden Wertsteigerungen ihrer Immobilien. Auch die propagierte Gefahr, Vermieter:innen würden sich das Geld dann nicht mehr über die Nebenkosten, sondern direkt über höhere Nettokaltmieten holen und die Grundsteuer einfach auf die Miete aufgeschlagen, besteht nicht. Denn gerade in Ballungszentren wird die Umlagefähigkeit durch die Mietenregulierung deutlich eingeschränkt, Mietpreisbremse und Mietspiegel verhindern auf dem angespannten Wohnungsmarkt, dass Eigentümer:innen die Nettokaltmieten deutlich erhöhen könnten.

Aber auch grundsätzlich ist die geltende Umlagefähigkeit der Grundsteuer systemwidrig und ungerecht. Die Grundsteuer ist an das Grundeigentum geknüpft, sie ist keine Verbrauchssteuer und deren Erhebung ist nicht an eine Vermietung geknüpft. Leben Eigentümer:innen selbst in der Immobilie, verbleibt die Steuer bei diesen, werden hingegen durch Vermietung zusätzliche Einkünfte erzielt, kann die Grundsteuer obendrein auch noch auf die Mieter:innen abgewälzt werden.



**Kreisdelegiertenversammlung Pankow**  
Antrag an die Kreisdelegiertenversammlung  
**01. KDV am 20.04. 2024**

**WP 2024 bis 2026**

**ANT 018/01**

---

Antrag Nr.

**03/14 Abt. Bötzowviertel**

**24.03.2024**

Antragstellung:

Eingangsdatum

x (bitte ankreuzen)

- Die Kreisdelegiertenversammlung hat beschlossen:**
- Der Landesparteitag möge beschließen:**
- Der Bundesparteitag möge beschließen:**

**Änderung des Parteiengesetzes im Hinblick auf die Möglichkeit zur Online-Wahl bei geheimen Wahlen**

---

- 1 Die SPD-Bundestagsfraktion wird aufgefordert, darauf hinzuwirken, das Parteiengesetz in der
- 2 aktuellen Wahlperiode zu ändern. Ziel ist es, dass die geheime Stimmabgabe bei Wahlen
- 3 gemäß § 17 PartG auch online möglich ist. Es sind hierzu die nötigen infrastrukturellen,
- 4 softwaretechnischen und verfahrensmäßigen Voraussetzungen zu schaffen.

**Begründung:**

Die Teilnahme an der innerparteilichen Willensbildung gehört zu den elementaren Bestandteilen des Parteiengesetzes. Bisher ist die Stimmabgabe jedoch nur in Präsenz möglich. Angesichts der allgemeinen Durchdringung des Internets in fast allen Lebens-, Gesellschafts- und Wirtschaftsbereichen ist diese Regelung nicht mehr zeitgemäß. Sie nimmt denjenigen ihre Rechte, die an diesen Präsenzwahlen nicht teilnehmen können.

Selbst das deutsche Aktienrecht wurde dahingehend geändert, dass bei online oder hybrid stattfindenden Hauptversammlungen die Aktionärinnen und Aktionäre ihre Rechte auch über Internettools ausüben können.

**ANT 023/01**

Antrag Nr.

**03/14 Abt. Bötzowviertel**

**24.03.2024**

Antragstellung:

Eingangsdatum

x (bitte ankreuzen)

**Die Kreisdelegiertenversammlung hat beschlossen:**

**Der Landesparteitag möge beschließen:**

**Der Bundesparteitag möge beschließen:**

**Einsamkeitsbeauftragte in allen Berliner Bezirken**

- 1 Die SPD fordert ihre Mandatsträger\*innen im Abgeordnetenhaus und ihre Vertreter\*innen in der  
2 BVV Pankow auf, sich dafür einzusetzen, dass in allen Berliner Bezirken ein  
3 Einsamkeitsbeauftragter bzw. eine Person oder Stelle, die für diesen Aufgabenbereich  
4 verantwortlich ist, eingesetzt wird. Diese ist dabei Ansprechpartner\*in für das Bezirksamt und für  
5 externe Partner\*innen zu allen Belangen zum Thema Einsamkeit und setzt die erarbeiteten  
6 Strategien des/der Berliner Einsamkeitsbeauftragten vor Ort um. Das Aufgabenspektrum ist  
7 analog der Stelle des/der Einsamkeitsbeauftragten im Bezirk Reinickendorf (Erarbeitung einer  
8 Rahmenkonzeption für den Bezirk, Koordinierungsstelle, Öffentlichkeitsarbeit und  
9 Vernetzungsstelle aller relevanten Akteure) zu gestalten. Er/Sie baut ein Netzwerk auf, dabei  
10 werden Synergieeffekte durch die Nutzung schon vorhandener praktischer Erfahrungen und das  
11 Andocken an dafür geeignete vorhandene Strukturen, Einrichtungen und Angebote genutzt.  
12 Sie/Er arbeitet ressortübergreifend und hat dafür die nötige Kompetenz und Zuständigkeit. Für  
13 den/die Beauftragte(n) und die Maßnahmen, deren Umsetzung mit Kosten verbunden ist,  
14 werden die erforderlichen Mittel im Haushalt eingestellt.

**Begründung:**

Das Thema Einsamkeit zieht sich durch alle gesellschaftlichen Schichten und ist altersunabhängig. Gründe für wachsende Einsamkeit sind vielschichtig: Verstädterung, Globalisierung, veränderte Arbeitswelten, hohe Mobilitätsanforderungen, demografischer Wandel, Digitalisierung und die SARS-CoV-2-Pandemie. Die Vermeidung von Einsamkeit kann nur erreicht werden, wenn auf bezirklicher Ebene alle relevanten Akteur\*innen zusammenarbeiten und eine gemeinsame Strategie erarbeitet wird. Angebote für von Einsamkeit Betroffene müssen niedrigschwellig sein und sich direkt an die Adressat\*innen wenden. Voraussetzung dafür ist, dass das Bewusstsein für das Thema in den unterschiedlichen gesellschaftlichen Bereichen (u.a. Gesundheits- und Sozialsystem, Bildungsbereich, Arbeitsmarktsektor) geweckt wird. Der oder die Einsamkeitsbeauftragte baut eine Kontaktstelle auf, vernetzt relevante Akteur\*innen und befähigt mit einer ausgearbeiteten Strategie Multiplikator\*innen in den unterschiedlichen Feldern dazu, Einsamkeit zu erkennen.

## **ANT 026/01**

Antrag Nr.

## **Jusos**

**24.03.2024**

Antragstellung:

Eingangsdatum

x (bitte ankreuzen)

- Die Kreisdelegiertenversammlung hat beschlossen:**
- Der Landesparteitag möge beschließen:**
- Der Bundesparteitag möge beschließen:**

## **Keine prekären Arbeitsbedingungen mehr für ältere Arbeitnehmer\*innen – sachgrundlose Befristung für Menschen ab 52 endlich abschaffen**

- 1 Wir fordern die sofortige Abschaffung der sachgrundlosen Befristung für ältere
- 2 Arbeitnehmer\*innen. Dies geschieht durch die Abschaffung des § 14 Abs. 3 TzBfG.

### **Begründung:**

Menschen, die in Deutschland im Alter von 52 Jahren oder älter arbeitslos werden haben eine geringere Chance wieder eingestellt zu werden und mit dem Alter steigt auch die Dauer der Arbeitslosigkeit der Menschen kontinuierlich an. Dies wirkt sich deutlich auf die Rentenansprüche der Personen und ihre finanzielle Situation aus.

Um die Chancen für ältere Arbeitnehmer\*innen auf dem Arbeitsmarkt zu verbessern, sieht das Gesetz auch eine sachgrundlose Befristung für Personen ab 52 Jahren vor. Die Befristung darf für maximal 5 Jahre erfolgen und kann innerhalb dieses Zeitraums mehrfach verlängert werden. In Reinfassung wurde das Gesetz vom EuGH 2007 für europarechtswidrig erklärt, gilt aber immer noch bei vorheriger Arbeitslosigkeit. Befristet werden dürfen aktuell:

- Arbeitnehmer\*innen die zuvor mindestens 4 Monate arbeitslos gewesen sind,
- oder direkt davor an einer öffentlichen Beschäftigungsmaßnahme teilgenommen
- Oder öffentliches Transferkurzarbeitergeld bezogen haben

Eine Befristung hat jedoch massive Auswirkungen auf Arbeitnehmer\*innen. Denn Befristung ist ein Faktor von prekärer Arbeit. Die Arbeitnehmer\*innen stehen unter stetigem Druck, denn sie müssen immer um die Zukunft ihres Jobs bangen. Fehler können bedeuten, dass eine erneute Arbeitslosigkeit droht. Der einzige Grund der Befristung in diesem Fall ist das Alter der Arbeitnehmer\*in, denn für jüngere Berufsgruppen gilt dieses Gesetz nicht. Zudem könnte es dazu führen, dass Personen ab 52 sich bis zum Rentenalter in einem stetigen Wechsel zwischen Arbeitslosigkeit und befristeter Beschäftigung befinden.

Der Arbeitsmarkt hat sich in den vergangenen Jahren jedoch massiv verändert. Auch angesichts des Fachkräftemangels muss es Ziel sein, dass ältere Arbeitnehmer\*innen in guten und sicheren Jobs sind. Arbeitgeber\*innen dürfen nicht dafür sorgen, dass Ältere in befristete Verträge bis zur Rente rutschen, sondern sollten das Potential der Arbeitnehmer\*innen erkennen und ihnen bis zum Renteneintritt einen Job anbieten. Nur dies wird der Erfahrung und dem Wissen der älteren Arbeitnehmer\*innen gerecht.

**Kreisdelegiertenversammlung Pankow**  
Antrag an die Kreisdelegiertenversammlung  
**01. KDV am 20.04. 2024**

**WP 2024 bis 2026**

**ANT 032/01**

Antrag Nr.

**SPD Frauen & Jusos**

**24.03.2024**

Antragstellung:

Eingangsdatum

x (bitte ankreuzen)

- Die Kreisdelegiertenversammlung hat beschlossen:**  
**Der Landesparteitag möge beschließen:**  
**Der Bundesparteitag möge beschließen:**

**Um Wahlen wieder zu gewinnen, Parteiarbeit weiterentwickeln!**

1 Die aktuelle Situation rund um das Erstarken, aber auch die Verfestigung der hohen Werte der  
2 AfD sowie das hohe Potenzial des BSW (Bündnis Sahra Wagenknecht) müssen für uns als  
3 Partei ein Warnsignal sein, auch auf der Kreisebene. Auch müssen wir uns als Kreis  
4 grundlegende Fragen über den enormen Stimmenverlust in Pankow über die letzten Jahre  
5 hinweg Gedanken machen.

6

7 Wir fordern daher konkret für die kommende Parteiarbeit:

8

- 9 • eine transparente und offene Diskussion zur Auswahl von Repräsentant\*innen unserer  
10 Partei  
11 • gemeinsame Überprüfung der Entscheidungsstrukturen unseres politischen Handelns  
12 und der inhaltlichen Positionierung im Kreis  
13 • Intensivierung und Professionalisierung der Öffentlichkeitsarbeit

14

**Begründung:**

Die Ergebnisse der letzten Wahlen (Bundestagswahl 2021, Wiederholungswahl 2023, Wiederholungswahl 2024) haben gezeigt, dass wir als SPD in Pankow endlich ein neues Profil brauchen, was sich u.a. auch in den Kandidierenden widerspiegeln muss.

Es braucht wieder weitreichende Vorschläge für politische Maßnahmen, die die Herausforderungen aller Menschen an der Wurzel anpacken und nicht mehr reine Symptombekämpfung sind. Dafür müssen wir als Partei unsere Mechanismen des politischen Handelns hinterfragen und Lösungen finden, wie wir wieder mehr Menschen für unsere politischen Ideen gewinnen können. Dabei müssen wir in unseren Entscheidungsfindungsprozessen erheblich schneller und agiler werden.

Hierbei kann und sollte der Kreisvorstand zukünftig eine zentralere Rolle spielen, wenn es darum geht, als Kreis auch zwischen den KDVen Position zu bestimmten politischen Themen zu beziehen. Das erfordert neben einem höheren Engagement aller Beteiligten im Kreisvorstand auch mehr Mut bei den Entscheidungen. Die Beschlüsse müssen folglich von allen Akteur\*innen

auch in die entsprechenden Gremien sowie in die Öffentlichkeit mit voller Überzeugung getragen werden, wodurch sich die SPD Pankow zu einer inhaltlich treibenden Kraft im Landesverband, aber auch im allgemeinen politischen Geschehen entwickeln kann. Unser Anspruch muss es sein, insbesondere in der angespannten gesellschaftlichen Lage, uns wieder mutiger für eine progressiv sozialistische Politik stark zu machen.

Ein wichtiger Faktor für die Überzeugung der Menschen von diesen Positionen ist die öffentliche Kommunikation. Hierbei müssen zukünftig entsprechende Beschlüsse zeitnah an die Medien kommuniziert werden. Daneben braucht es eine Erneuerung des öffentlichen Auftritts unseres Kreisverbandes. Neben einer Neugestaltung der Website müssen wir Instagram und TikTok als zentrales soziales Medium verstehen, über welches insbesondere jüngere Menschen erreicht werden können.

Mit der Gründung des Instagram-Profiles in der letzten Wahlperiode sind wir einen ersten Schritt gegangen, auf welchem nun aufgebaut werden sollte. Dabei sollte mit entsprechenden Expert\*innen aus unseren Reihen sowie auch extern ein neues Social-Media-Konzept erstellt werden, wofür der Kreis die entsprechenden Mittel bereitstellen sollte. Auch die Kreise sollten hier einbezogen werden, sodass wir in unserer gesamten Breite einen modernen Auftritt hinlegen, wodurch mit einer deutlich höheren Reichweite Menschen angesprochen werden können. Für die langfristige und stetige Bespielung der Accounts der SPD Pankow werden Mittel für die Schaffung einer Stelle zur Unterstützung des Kreisbüros für die Öffentlichkeitsarbeit bereitgestellt.

**Kreisdelegiertenversammlung Pankow**  
Antrag an die Kreisdelegiertenversammlung  
**02. KDV am 26.06. 2024**

**WP 2024 bis 2026**

**ANT 037/02**

Antrag Nr.

**03/08 Abt. Karow-Buch**

**30.05.2024**

Antragstellung:

Eingangsdatum

x (bitte ankreuzen)

- x **Die Kreisdelegiertenversammlung hat beschlossen:**
- x **Der Landesparteitag möge beschließen:**
- x **Der Bundesparteitag möge beschließen:**

**Windenergie mit Teilhabe für Bürger im nahen Umfeld!**

- 1 Die sozialdemokratischen Mandatsträger:innen auf Landes- und Bundesebene werden
- 2 aufgefordert, sich dafür einzusetzen, dass Bürger:innen im direkten Umfeld von
- 3 Windenergieanlagen im besonderen Maße profitieren sollen und hierfür die ggf. erforderlichen
- 4 rechtlichen Rahmenbedingungen zu schaffen. Bürger:innen im Umkreis von drei Kilometern zu
- 5 Windkraftanlagen sollten in den Genuss von deutlich vergünstigtem Strom im Vergleich zum
- 6 günstigsten Stromtarif der Stadtwerke kommen. Gleichzeitig sollten Windkraftanlagen in Berlin
- 7 auf landeseigenen Flächen im Genossenschaftsmodell cofinanziert werden.

**Begründung:**

Alle Bundesländer sind gesetzlich verpflichtet, Potentialflächen für Windenergieanlagen auszuweisen, auch Berlin.

Klimaschutz nimmt eine immer stärkere Rolle in unserer Gesellschaft ein. Die Windenergie stellt eine zentrale Rolle bei der Erzeugung erneuerbarer Energien in Deutschland dar. Die Vorteile der Windenergie liegen auf der Hand:

- Dezentrale Erzeugung der elektrischen Energie
- Jahreszeitenunabhängige Erzeugung
- In den zurückliegenden Jahren fand eine erhebliche Steigerung der Produktivität bei gleichzeitiger Reduzierung von Lärmemissionen statt
- Wertschöpfung und Produktion und Aufbau überwiegend in Deutschland.

Gleichzeitig sind trotz der benannten Vorteile in der praktischen Umsetzung immer wieder Widerstände in der Bevölkerung gegen den Bau von Windkraftanlagen in der direkten Nachbarschaft zu verzeichnen. Um die Akzeptanz der Windkraftanlagen insbesondere im dicht besiedelten Stadtstaat Berlin zu erhöhen, schlagen wir einen finanziellen Anreiz für die Bürger im direkten Umfeld vor.